

## Mode blickt durch

Ein kleines Label in Berlin zeigt die Lieferkette seiner Kleidung. Seite 3



## G20-Justiz legt los

Die Embryonalstellung bei der Verhaftung gilt jetzt als Widerstand. Seiten 4, 6 und 18

Foto: fotolia/sinhyu

## Hauptstadt hebt ab

Kontroversen zu BER, Tegel und Air Berlin. Seiten 4 und 9

Foto: 123rf/ghoststone



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 30. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 202

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Afrikaner sollen draußen bleiben

Martin Ling über den Pariser Gipfel zur Migration

Afrikaner sollen draußen bleiben: Der Weg in die EU soll so weit politisch gestaltbar verschlossen bleiben. Flüchtlinge mit Aussicht auf Asyl gilt es künftig schon in Afrika zu »identifizieren«; über legale Migration könne man zwar reden, aber erst, wenn die illegale Migration beendet wird, sagte die Kanzlerin Angela Merkel.

Bezeichnend ist, worüber beim Pariser Abschottungsgipfel nicht geredet wurde, obwohl Repräsentanten dreier afrikanischer Transitländer mit am Tisch saßen. Zum Beispiel, dass in Niger nach Schätzung der Internationalen Organisation für Migration in der Sahara 2016 dreimal so viele Flüchtlinge verdursteten, wie auf dem Mittelmeer ertranken – letztere Zahl wird auf über 5000 beziffert. Wer schon in der Sahara verdurstet, schafft es schließlich nicht nach Europa.

Nicht geredet wurde in Paris über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPAs, mit denen die EU den afrikanischen Regionalblöcken einen Freihandel unter Ungleichem aufdrücken will. Darüber zu reden hieße einzugehen, dass die EU-Handelspolitik neue Fluchtursachen schafft, statt sie zu beseitigen. Das geht theoretisch recht simpel: »Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika; vom Freihandel zum fairen Handel, Förderung wirtschaftlicher Strukturen und gezielter Aufbau von Wertschöpfung vor Ort«. Dieser Ansatz stammt aus dem Entwicklungsministerium. Solange er aber nicht praktiziert wird, hält die Migration aus wirtschaftlichen Gründen aus Afrika an. Die andere sowieso.

## UNTEN LINKS

Wissenschaftler hätte man werden sollen, nicht Journalist. Dann könnte man sich den wirklich brennenden Fragen widmen. Zum Beispiel: Wie viel Wasser muss in den Whisky, damit das Aroma optimal hervortritt? Das haben schwedische Forscher untersucht. Gern möchte man wissen, wie penibel die Studie durchgeführt wurde. Wie viele Sorten und Versuche notwendig waren. Denn es ist ja ein wichtiges Thema. Also gibt man erst einige wenige Wassertropfen bei und kostet, erhöht nach und nach die Dosis, bis man sich ein besseres Urteiiiil erlauben, Moment mal das war jetzt aber zu viel Wasser, da hassu garkein Geschmack mehr, also wieder wenig, hick, weniger Wasser und Mehralohol und dann noch dieses Propriprotokokoll denn es muss ja ganzgenau schtimm sons weißu nichmehr, tagelang wochenlang expri... exiperi... e-xo-pe-ro-men-tie-ren, genau, und hassunichesehn – ist der leckere Whisky annalüss... Boah! Hochlebe die Wischenschaft! Hick! wh

ISSN 0323-3375



## Der Katastrophen-Patriot

US-Präsident Trump auf Bewährung im texanischen Unwettergebiet

Washington. Fotos zeigen ihn mit US-Kappe, Regenjacke und Schirm oder hinter seinem Schreibtisch über Wetterkarten gebeugt: US-Präsident Donald Trump gibt sich angesichts der Sturmkatastrophe »Harvey« als Vater der Nation und Krisenmanager, der alles im Griff hat. Während Teile von Texas in den Fluten versinken, will Trump Führungsstärke zeigen. Dabei ist er sichtlich bemüht, nicht die Fehler seiner Vorgänger zu wiederholen.

Deshalb war am Dienstag Aufbruch nach Texas angesagt, um der Katastrophe ins Auge zu sehen und – noch wichtiger – dabei von vielen Millionen Amerikanern gesehen zu werden. Trumps Amtsvorgänger George Bush senior, 1992 bei Hurrikan »Andrew«, und George Bush junior, 2005 bei »Katrina«, hatten sich zu spät oder gleich gar nicht im Katastrophengebiet gezeigt, was ihnen –

noch verstärkt durch schleppende Wiederaufbauhilfen – sehr übel ausgelegt wurde.

Trump, der dringend einen politischen Erfolg braucht, will nun alles besser machen. »Wir sind eine amerikanische Familie«, zitiert AFP den vor allem hurrapatriotischen Präsidenten. »Wir kämpfen uns da gemeinsam durch.« Washington werde Texas auf dem »langen und schwierigen Weg zum Wiederaufbau« beistehen.

Notwendig wird es ganz bestimmt. Nach einem Dambruch haben die Behörden in Texas am Dienstagnachmittag die betroffenen Anwohner zur sofortigen Evakuierung aufgefordert. Der Damm an den Columbia-Seen südlich der Millionenstadt Houston habe unter dem Druck der Wassermassen nachgegeben. roe

Seiten 4 und 7



Der Hauptpassagier der Präsidentenmaschine Air Force One vor dem Abflug in »Harveys« nasses Reich

Foto: AFP/Jim Watson

## Nordkorea feuert Rakete über Japan hinweg

Konflikt im Fernen Osten spitzt sich wieder zu / Trump zu Abe: »Alle Optionen auf dem Tisch«

Zum ersten Mal hat Pjöngjang ohne Ankündigung eine Rakete über das japanische Festland abgeschossen. Die Regierung in Tokio spricht von einer »schwerwiegenden Bedrohung«.

Von Susanne Steffen, Tokio

Kurz nach sechs Uhr gingen im Norden Japans die Sirenen los. »Dies ist eine Warnung der Regierung. Raketenabschuss. Nordkorea hat eine Rakete abgefeuert. Suchen Sie Schutz im Keller oder in einem stabilen Gebäude«, meldeten zudem Tausende Mobiltelefone ihren Besitzern. Das staatliche Frühwarnsystem J-Alert legte Dutzende Züge für eine gute halbe Stunde lahm. Zu Schaden gekommen ist niemand. 14 Minuten und 2700 Kilometer nach dem Abschuss in der Nähe der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang stürzte die Rakete 1180 Kilometer östlich von Hokkaido in den Pazifik – außerhalb der japa-

nischen Wirtschaftszone. Wahrscheinlich habe es sich um eine ballistische Mittelstreckenrakete gehandelt, so Verteidigungsminister Itsunori Onodera; der Sender NHK berief sich auf Militärkreise und sprach von einer Rakete des neuen Typs Hwasong-12. Erst Anfang August hatte Pjöngjang gedroht, vier solcher Raketen in Richtung der Pazifikinsel Guam abzufeuern, einem US-Außenterritorium. Doch hatte Staatschef Kim Jong Un nach massiven Drohungen von US-Präsident Donald Trump danach auf weitere Tests verzichtet. Erst am Samstag ließ er wieder drei Kurzstreckenraketen testen, die alleamt im Japanischen Meer niedergingen.

Zwar aktivierte Japans Regierung das Frühwarnsystem, doch einen Befehl zum Abschuss habe es nicht gegeben, meldete NHK. Premier Shinzo Abe reagierte empört: »Das Überfliegen unseres Territoriums ist eine noch nie da-

gewesene, ernste Bedrohung.« In einem Telefongespräch mit Abe versicherte Trump dem Verbündeten seine hundertprozentige Unterstützung. »Alle Optionen sind auf dem Tisch.«

Südkorea reagierte mit einer Demonstration von Stärke. Nur wenige Stunden nach dem Raketenstart veröffentlichte die südkoreanische Behörde für Rüstungsentwicklung bislang geheim gehaltene Bilder ihrer jüngsten Raketentests aus der vergangenen Woche, auf denen zu sehen ist, wie die Raketen akkurat ihre Ziele an Land und auf dem Wasser zerstörten. »Unser Militär verfügt über Raketen mit höchster Präzision und der Fähigkeit, jeden Ort in Nordkorea zu treffen, falls dies nötig sein sollte.«

Beobachter gehen davon aus, dass Kim angesichts der anstehenden nationalen Feiertage eine weitere Eskalation plane. Seouls Geheimdienst spricht davon, dass die Vorbereitungen für ei-

nen neuen Atomtest Nordkoreas abgeschlossen seien. Pjöngjang gibt sich zutiefst verärgert über das laufende amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver, das als Übung für eine Invasion des Nordens interpretiert wird. Wie Moskau kritisierte erneut auch China die Manöver. Durch den anhaltenden militärischen Druck sei ein Teufelskreis entstanden, der durchbrochen werden müsse. Mit Agenturen Seite 7

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Heizungsablesedienste: Transparenz für Mieter

Garten: Was tun gegen Buchsbaumzünsler?

Mobilfunk: Achtung bei Vertragsverlängerung

## »Halbherzige Gönnergesten«

LINKE-Vorsitzende nennt Pariser Migrationsgipfel Abschottungsakt

Paris. Die Vorsitzende der LINKEN Katja Kipping hat die Ergebnisse des Migrationsgipfels von Paris scharf kritisiert. »Dieser Gipfel diente nicht dazu, reale Lösungen für bessere Lebensverhältnisse in den Maghreb-Staaten oder Subsahara-Afrika herbeizuführen«, sagte Kipping gegenüber dpa in Berlin. »Die »erste Welt« soll weiter von der »dritten« abgeschottet werden.«

Deutschland und weitere EU-Staaten hatten sich am Montag offen gezeigt, manchen Schutzbedürftigen aus Afrika einen legalen Weg nach Europa zu ermöglichen. Sie kopelten dies daran, illegale Migrationsströme über das Mittelmeer zu stoppen, wie sie am Montagabend mitteilten.

Kipping warf den EU-Staaten eine Militarisierung des Mittelmeeres vor. »Die Bundesregierung spielt da mit.« Angela Merkel verweise selbstzufrieden auf die rückläufigen Flüchtlingszahlen aus Libyen. Nötig sei aber ein klares Konzept zur Bekämpfung der Fluchtursachen, beispielsweise mit der Förderung von fairem Handel. dpa/nd Seite 6

## Ungarn zu unsicher für Abschiebungen

Deutschland weist bis auf Weiteres keine Flüchtlinge in das Land aus

Berlin. Aufgrund rechtlich unsicherer Bedingungen in Ungarn schickt die Bundesregierung derzeit keine Flüchtlinge in das EU-Land gemäß der Dublin-Verordnung zurück. Zwar würden weiterhin entsprechende Ersuchen an Ungarn gestellt, teilte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei-Abgeordneten Ulla Jelpke mit. Prüfungen hätten aber ergeben, dass Überstellungen nur noch sehr eingeschränkt möglich seien. Spätestens seit dem 11. April sei kein Geflüchteter mehr von Deutschland aus nach Ungarn zurückgeschickt worden.

Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass dasjenige EU-Land für das Asylverfahren eines Flüchtlings zuständig ist, in dem er zuerst EU-Gebiet betreten hat. Die EU-Kommission hatte im Mai ein bestehendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn vorangetrieben. Die Kommission kritisiert, dass Flüchtlingen in dem Land der Zugang zu einem EU-rechtskonformen Verfahren erschwert werde. Unbefristete Ingewahrsamnahmen glichen systematischen Inhaftierungen. dpa/nd

## Mordprozess gegen »Reichsbürger«

Verteidigung sieht Tötung eines Polizisten als Notwehr

Nürnberg. Im Fall des »Reichsbürgers« aus Georgensgmünd hat am Dienstag vor dem Landgericht in Nürnberg der Mordprozess begonnen. Dem 49-Jährigen wird vorgeworfen, im Oktober 2016 einen Beamten eines Spezialeinsatzkommandos erschossen zu haben. Zwei weitere Polizisten wurden dabei verletzt. Bei dem Einsatz sollten die Waffen des Hobbyjägers beschlagnahmt werden, weil er bei den Behörden als nicht länger zuverlässig galt.

Der Angeklagte lehnte es zum Auftakt der Verhandlung ab, Angaben zu seiner Person zu machen. Er sei anwesend, jeder wisse, wer er sei, erklärte er lediglich. Ein Gutachter sagte, der Angeklagte habe sich vor Kriminalität und vor Übergriffen durch Institutionen gesorgt. Nach Überzeugung der Verteidiger geschah die Tat in einer Notwehrsituation, die sich in dem Haus in Georgensgmünd zutrug. Von drei Seiten sei das Haus mit einem Höllenlärm gestürmt worden. Für P. sei nicht zu erkennen gewesen, dass ihn Polizisten angriffen – deshalb habe er geschossen. Er sehe sich zudem nicht als »Reichsbürger«. Agenturen/nd